

Caspers, Rolf

Article — Digitized Version

Wo ist der Aufschwung geblieben? Konjunktur und Wachstum in der Bundesrepublik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Caspers, Rolf (1982) : Wo ist der Aufschwung geblieben? Konjunktur und Wachstum in der Bundesrepublik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 10, pp. 488-497

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135728>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

junkturrellen Unzeit mußte sich förmlich selbst desavouieren (neben bedenklichen allokatons- und distributionspolitischen Effekten). Insofern geht es zunehmend gar nicht mehr um die Existenz des Defizits, sondern um die Frage, ob das Defizit passiv hingenommen (Steuermindereinnahmen – Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit) oder expansiv (Überwindung der Wachstumsschwäche durch öffentliche Investitionsprogramme) eingesetzt wird. Und die Geldpolitik wäre gefordert, eine expansive finanzpolitische Strategie so zu flankieren, daß unerwünschte Zinseffekte ausblieben.

□ Zum anderen: Es muß davon ausgegangen werden, daß eine Flankierung der angebots- durch die nachfrageorientierte Strategie zwar erwarten läßt, daß ein tragfähiger und schneller Wiederaufschwung eher erzielbar ist (als bei reiner Angebotsorientierung), daß gleichwohl die erreichbaren Wachstumsraten in Zukunft schwächer ausfallen können. Die Gefahr der Kompensation durch das bestehende Produktivitätspotential ist damit höher einzuschätzen. Angesichts der schon bestehenden Arbeitslosigkeit (unter Berücksichtigung der Stillen Reserve) sowie des absehbaren Trends der Erwerbs-

quote erscheint es nicht realistisch, eine hinreichende Lösung der Arbeitsmarktprobleme durch mehr Wachstum zu unterstellen. Insofern bedarf es auch der Ergänzung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die über Mobilitäts- und Ausbildungs- bzw. Weiterbildungshilfen hinausweist und das Instrument der Arbeitszeitverkürzung weiter auslotet, als dies bislang erfolgt ist.

Erforderlich ist somit das Bemühen, das gesamte verfügbare Instrumentarium einzusetzen und dieses – wo erforderlich – zu ergänzen. Auch damit mag die Machbarkeit nur begrenzt erreichbar sein. Es sollte nicht der Fehler erneut gemacht werden, nicht erfüllbare Erwartungen zu wecken. Aber noch verhängnisvoller wäre der Fehler, den Glauben an Lösungskonzepte zu beschwören, die sich auf „freigesetzte Energien“ stützen – und den heute durch Fehlentwicklungen Betroffenen zu verstehen zu geben, daß sie „irgendwann“ mit einer Besserung rechnen können. Nicht übersehen werden sollte, daß auch der gesellschaftliche Konsens bislang eine wichtige Wachstums- und Stabilitätsbedingung war; es wäre verhängnisvoll, ihn – um einer nicht unproblematischen „Lehrmeinung“ willen – zu gefährden.

WACHSTUMSPOLITIK

Wo ist der Aufschwung geblieben? Konjunktur und Wachstum in der Bundesrepublik

Rolf Caspers, Duisburg

Die allgemein beklagte Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft hat das Interesse wieder auf die Zusammenhänge zwischen Konjunktur und Wachstum, zwischen Nachfrage- und Angebotsproblemen, gelenkt. Welche Bedeutung hat die Konjunkturentwicklung im Vergleich zu einem abflachenden Wachstumstrend? Dr. Rolf Caspers schlägt ein neuartiges Konzept vor, um Konjunkturzyklen und Wachstumswellen voneinander abzugrenzen.

Der Konjunkturaufschwung, den man ursprünglich für das Frühjahr 1982 erwartet hatte, verzögert sich vermutlich um ein weiteres Jahr. Man rechnet neuerdings damit, daß das reale Bruttosozialprodukt – üblicher Maßstab der gesamtwirtschaftlichen Aktivität – wiederum auf dem Niveau des Vorjahres verharrt. Für die Industrieproduktion wird sogar ein erneuter Rückgang gegenüber dem Vorjahr erwartet. Da auch für

1983 nur magere Wachstumsaussichten bestehen, wird sich wohl der Aufschwung zu höheren Wachstumsraten weiterhin verzögern. Ansätze zu einer zaghaften Konjunkturbelebung waren zwar schon im Sommer 1981 vorhanden, haben sich aber seitdem wieder verflüchtigt. Im Lichte der zwiespältigen Lage im Herbst 1982 erscheint es angebracht, die konjunkturelle Situation unter dem Blickwinkel der sogenannten „Wachstumsschwäche“ zu durchleuchten und nach Gründen für das Ausbleiben nachhaltiger Auftriebstendenzen zu suchen.

In der Bundesrepublik sind seit der Währungsreform acht Konjunkturzyklen abgelaufen, die gegenüber der

Dr. Rolf Caspers, 37, Dipl.-Volkswirt, ist Wissenschaftlicher Assistent an der Universität-GH-Duisburg, Fachgebiet Wirtschaftspolitik.

Vorkriegszeit eines gemeinsam haben: Nicht mehr die Aufeinanderfolge von Expansion und Kontraktion gesamtwirtschaftlicher Niveaugrößen, sondern abwechselnde Zunahmen und Abnahmen ihrer jährlichen Wachstumsraten prägen das Erscheinungsbild. Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität haben sich demnach in Form von Beschleunigungen und Verzögerungen des Wirtschaftswachstums vollzogen. Wird das Wirtschaftswachstum am prozentualen Jahreszuwachs des realen Bruttosozialprodukts gemessen, so war es mit Ausnahme der tiefen Konjunkturtäler in den Jahren 1967, 1975 und 1981 dauerhaft positiv. Dies hat der neuen Erscheinungsform von *Konjunkturzyklen* auch den Namen *Wachstumszyklen* verliehen¹.

Mit dieser Bezeichnung wurden jedoch die Konturen zweier durchaus unterschiedlicher Phänomene vermischt, nämlich des Konjunktur- und des Wachstumsphänomens. Eine Unterscheidung dieser beiden Aspekte wird insbesondere dann unumgänglich, wenn es um die Diagnose der *Wachstumsschwäche* geht: Hierunter versteht man, daß die Trendwachstumsraten abnehmen, so daß sich auch die nach wie vor aufwärts gerichteten Niveautrends allmählich abflachen. Da nun die Niveautrends zugleich als Referenzpfad für die Abgrenzung einzelner Konjunkturphasen herangezogen werden, kommt der statistischen Unterscheidung von Trend und Zyklus besondere Bedeutung zu². Sie entspricht der analytischen Trennung von Wachstum und Konjunktur und geht zugleich mit der Vorstellung von Gleichgewichten und Ungleichgewichten (Gleichgewichtsabweichungen) einher³.

Wachstumstrends verlaufen keineswegs unabhängig von der Intensität der Konjunkturbewegungen. Konjunktur- und Wachstumstheorie sind aber bis heute kaum in der Lage, eindeutige Zusammenhänge zwischen beiden Phänomenen aufzuzeigen. Zwar über-

wiegt inzwischen die Auffassung, daß sich eher Konjunkturzyklen aus dem Wachstumsprozeß heraus ergeben als das Wachstum aus einer schwankenden Konjunktur. Andererseits geht man aber davon aus, daß eine gewisse Dämpfung konjunktureller Schwankungen auch einen positiven Einfluß auf die Höhe längerfristig angestrebter Trendwachstumsraten auszuüben vermag. Wenngleich Wirtschaftswachstum wirtschaftspolitisch kaum „machbar“ ist, so lassen sich doch günstigere Rahmenbedingungen dafür schaffen, als sie derzeit gegeben sind⁴.

Wachstumszyklen und Wachstumswellen

Hinter den nahezu gleichlautenden Begriffen Wachstumszyklen und Wachstumswellen verbergen sich drei durchaus unterschiedliche Phänomene:

- Schwankungen der jährlichen Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts (g_{BSP}) im Vorjahresvergleich (*kurzfristige Wachstumszyklen*);
- Schwankungen jährlicher „Normalwachstumsraten“ des realen Bruttosozialprodukts (g_{BSP}^N), die als gleitende Durchschnitte über die jeweils 16 vorangehenden Quartale zu ermitteln sind (*mittelfristige Wachstumswellen*); und
- Schwankungen der jährlichen Wachstumsraten des potentiellen Bruttoinlandsprodukts (g_{BIP}^{pot}), die bei normaler Auslastung verfügbarer Produktionskapazitäten auch bei den Wachstumsraten des tatsächlichen Bruttoinlandsprodukts (g_{BIP}) auftreten würden (*Potentialwachstumswellen*).

Kurzfristige Wachstumszyklen sind durch eine mehr oder weniger regelmäßige Wiederkehr von zunehmenden Wachstumsraten (Aufschwungphasen der Konjunktur) und abnehmenden Wachstumsraten (Abschwungphasen der Konjunktur) gekennzeichnet. Die Höhepunkte und Tiefpunkte der Wachstumsratenreihe liegen allerdings vor denjenigen der Niveaugrößenreihe; denn die Niveaus nehmen auch bei abnehmenden Wachstumsraten noch zu, während diese schon einen konjunkturellen Aufschwung signalisieren. Umgekehrt sinken aber die Niveaus erst dann ab, wenn im Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung einmal negative „Wachstumsraten“ zu verzeichnen sind.

Wenn z. B. das reale Bruttosozialprodukt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im zweiten Halbjahr 1981 mit einer jährlichen Rate von 0,5 % zugenommen hat, nachdem es im ersten Halbjahr 1981 noch um 0,9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesunken war, so kann man in dieser Verbesserung um 1,4 Prozentpunkte durchaus schon Anzeichen

¹ Vgl. etwa A. Wagner: Die Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland. Eine komparativ-dynamische Komponentenanalyse für die Jahre 1951-1970, Tübingen 1972; A. E. Ott (Hrsg.): Wachstumszyklen. Über die neue Form der Konjunkturschwankungen (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Band 71), Berlin 1973.

² Siehe z. B. W. Fellner: Trends and Cycles in Economic Activity: An Introduction to Problems of Economic Growth, New York 1956.

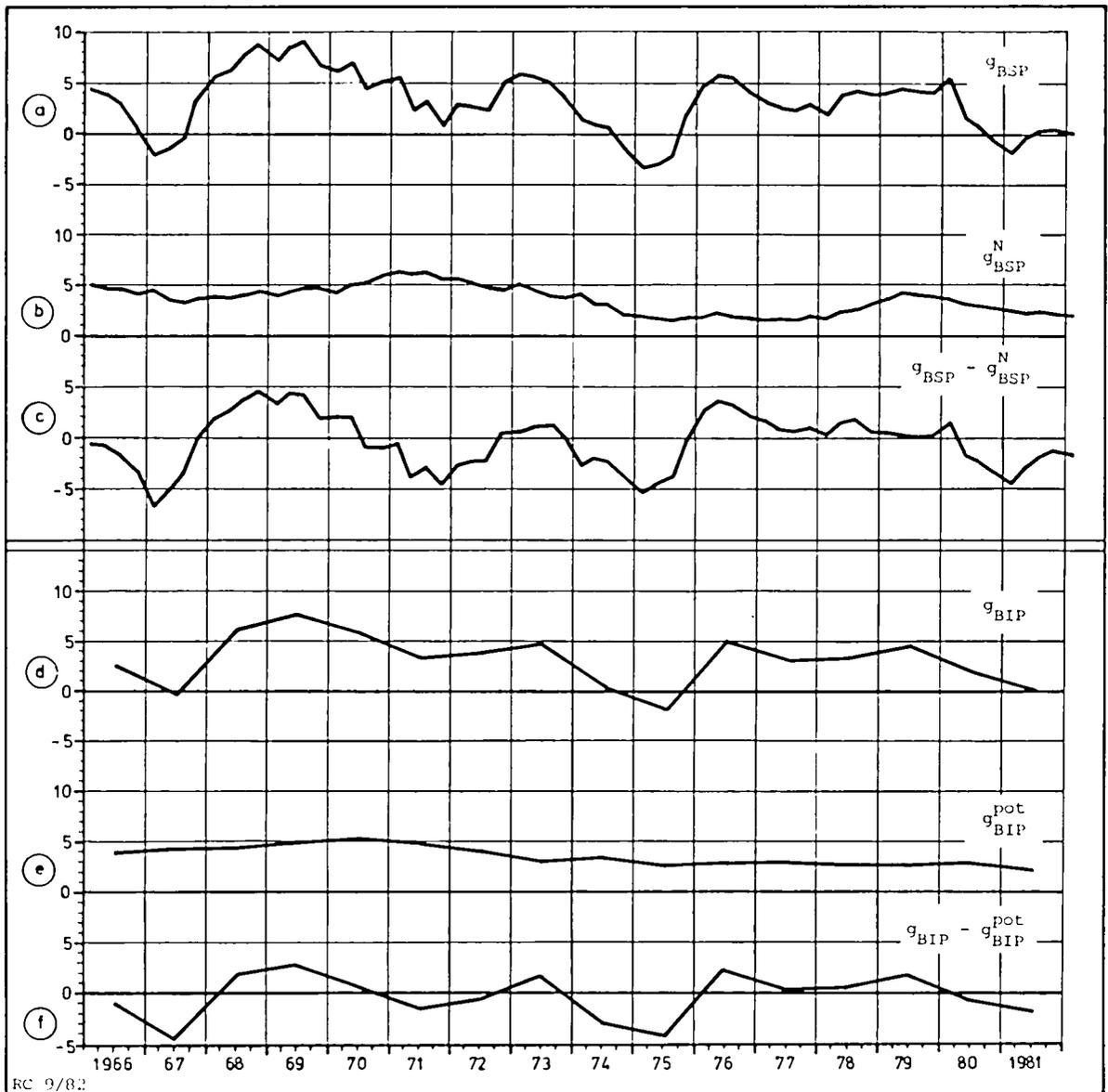
³ „Unter Konjunkturbewegung verstehen wir die mehr oder minder regelmäßigen Abweichungen der wirtschaftlichen Aktivität von der Gleichgewichts-Wachstumsrate, die man normalerweise statistisch mit dem Trend identifiziert.“ W. Krellle: Grundlagen einer stochastischen Konjunkturtheorie, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 115 (1959), S. 474-494, hier S. 477.

⁴ Im übrigen ist Wachstumspolitik weder in ihren Zielen noch in ihren Mitteln mit Konjunkturpolitik identisch. Vgl. hierzu F. Mehlerr, J. Pätzold: Konjunkturpolitische Lenkungsstrategien, in: Wirtschaftstudium (WiSu), 7. Jg., Nr. 9 (September 1978), S. 433-440; G. Steinmann, J. Pfister: Wachstumspolitik, in: ebenda, S. 440-446. Das Standardlehrbuch hierzu ist H. Giersch: Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft – Allgemeine Wirtschaftspolitik, Band 2, Wiesbaden 1977.

für eine konjunkturelle Erholung, d. h. den Beginn eines Aufschwungs, erkennen. War aber das Bruttosozialprodukt der gleichen Quelle zufolge im ersten Halbjahr 1982 real nicht größer als von Januar bis Juni 1981, wird sogleich von „Stagnation“ oder „Nullwachstum“ geredet. Hier offenbart sich eine gewisse Zwiespältigkeit bei der Verwendung jährlicher Änderungsraten als Indikator für das Wachstumstempo, weil man unter Wachstum gewöhnlich eine längerfristig anhaltende Entwicklung versteht.

Da die jährlichen Änderungsraten des Sozialprodukts typischerweise konjunkturellen Schwankungen unterliegen, sollte man den Wachstumsbegriff für die permanente Komponente des Sozialprodukthanstiegs reservieren. Dies ist die Grundidee für die Konstruktion der sogenannten „Normalwachstumsraten“, deren Schwankungen hier als *mittelfristige Wachstumswellen* bezeichnet werden. Formal beruht das Konzept auf einem „Herausfiltern“ der Konjunkturkomponente jährlicher Änderungsraten. Weist ein Konjunkturzyklus nor-

Abbildung 1
Vergleich von Normalwachstumsraten- und Produktionspotentialkonzept



Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Deutschen Bundesbank; vgl. Anmerkungen 5, 7 und 8.

malerweise eine Dauer von etwa vier Jahren auf, so bietet sich zur Ermittlung gleitender Zyklendurchschnitte ein Zeitabschnitt von jeweils 16 Quartalen an, wenn man die Normalwachstumsraten quartalsweise ermittelt⁵.

Vom Erscheinungsbild her weisen die mittelfristigen Wachstumswellen (Abb. 1b) eine gewisse Ähnlichkeit mit den Potentialwachstumswellen auf, die im Verlauf der jährlichen Wachstumsraten des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Abb. 1e) sichtbar werden. Das Produktionspotential wird zu jedem Zeitpunkt durch die verfügbare Menge und Qualität der Produktionsfaktoren beschränkt. Die Änderungen der Faktorqualitäten werden durch Zu- oder Abnahmen der potentiellen Faktorproduktivitäten erfaßt.

Nach Berechnungen der Bundesbank hat z. B. die potentielle Kapitalproduktivität seit 1974/75 mit durchschnittlich 1 % pro Jahr abgenommen⁶. Entsprechend hat sich die Wachstumsrate des Produktionspotentials vermindert, zumal auch der Bestand an Sachanlagen nur noch mit abnehmenden Raten zugenommen hat. Seit 1975 ist das Produktionspotential um ca. 2,5 % pro Jahr gewachsen, nachdem es im Durchschnitt des Zehnjahreszeitraums 1966-75 um jährlich ca. 4 % zugenommen hatte.

Konjunkturzyklen

Eine theoretische Abgrenzung von Wachstum und Konjunktur läßt sich anhand des von Sachverständigenrat und Bundesbank auf verschiedene Weise operationalisierten Produktionspotentialkonzepts relativ leicht vornehmen⁷. Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials sind demnach als nachfragebedingte *Konjunkturzyklen* interpretierbar⁸, während die vergleichsweise gedämpften Schwankungen der Wachstumsrate des Produktionspotentials als ange-

botsseitig bedingte *Potentialwachstumswellen* anzusehen sind.

Für eine aktuelle Konjunkturdiagnose ist das Produktionspotentialkonzept allerdings weniger geeignet, weil die erforderlichen Daten auf relativ unsicheren Schätzungen beruhen und zudem für die Öffentlichkeit erst mit beachtlichen Zeitverzögerungen verfügbar sind. Auch der Konjunkturpolitiker benötigt eine möglichst genaue Datierung der Konjunkturphasen, vor allem aber eine rechtzeitige Kenntnis der Wendepunkte der Konjunktur. Gleichzeitig muß er in der Lage sein, angebotsseitig und nachfrageseitig bedingte Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität auseinanderzuhalten. Die Bundesbank wendet daher zur Datierung von Konjunkturzyklen eine andere Methode an, die auf der Unterscheidung von Trend und Zyklus basiert⁹.

Als ein weniger aufwendiges Verfahren kommt daneben das Normalwachstumsratenkonzept in Frage, das folgende komparative Vorteile aufweist:

- Es stellt von vornherein auf Wachstumsraten ab, die im Anspruchsverhalten sozialer Gruppen und des Staates eine beherrschende Rolle übernommen haben¹⁰;
- es lehnt sich an neuere theoretische Erkenntnisse an, nach denen die Identifizierbarkeit von permanenten und transitorischen Änderungen eine besondere Rolle für das Anpassungsverhalten dynamischer Systeme spielt¹¹;
- es bedarf zu seiner Operationalisierung lediglich der Kenntnis vergangener, statistisch ausgewiesener Variablenwerte und läßt sich damit von jedermann ohne große Schwierigkeiten nachvollziehen;
- es bietet neben dem Produktionspotentialkonzept einen praktikablen Orientierungsmaßstab für eine auf mittelfristige Verstetigung bedachte Stabilitätspolitik.

Zyklendatierung

Konjunkturzyklen erweisen sich bei näherer Betrachtung als komplexes Phänomen, das sich in ungleichförmigen Bewegungsrhythmen der Niveaus und Wachstumsraten diverser gesamtwirtschaftlicher Indikatoren niederschlägt. Kennzeichnend hierfür sind Phasenver-

⁵ Die Berechnung erfolgt anhand der logarithmischen Wachstumsratenformel $g_{BSP} = \frac{1}{4} (\ln BSP_0 - \ln BSP_{-16})$. Damit werden Verzerrungen vermieden, die bei einer arithmetischen Durchschnittbildung prozentual schwankender Jahreswachstumsraten auftraten. Zwecks Vergleichbarkeit werden auch die tatsächlichen Jahreswachstumsraten g_{BSP} logarithmisch berechnet.

⁶ Deutsche Bundesbank: Der Produktivitätsfortschritt in der Bundesrepublik und seine Bestimmungsfaktoren, Monatsberichte, 32. Jg., Nr. 1, Januar 1980, S. 11-17.

⁷ Siehe Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1979/80, Ziffern 106 ff. und S. 213 f., Jahresgutachten 1981/82, Ziffern 114 ff. und S. 222; Deutsche Bundesbank: Das Produktionspotential in der Bundesrepublik Deutschland, Monatsberichte, 25. Jg., Nr. 10, Oktober 1973, S. 28-34, Neuberechnung des Produktionspotentials für die Bundesrepublik Deutschland, Monatsberichte, 33. Jg., Nr. 10, Oktober 1981, S. 32-38, Geschäftsbericht für das Jahr 1981, S. 48-49.

⁸ Statt des Auslastungsgrades ist in Abb. 1f die Differenz zwischen den jährlichen Wachstumsraten des aktuellen und des potentiellen Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung eingezeichnet.

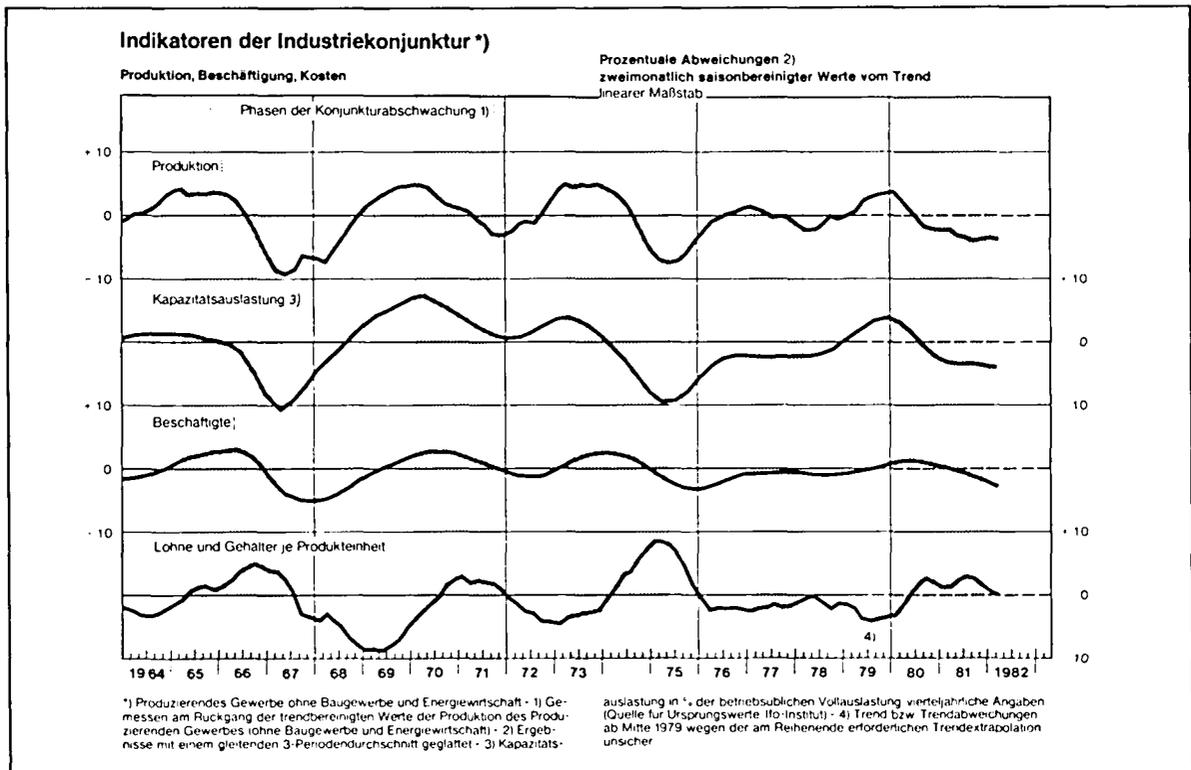
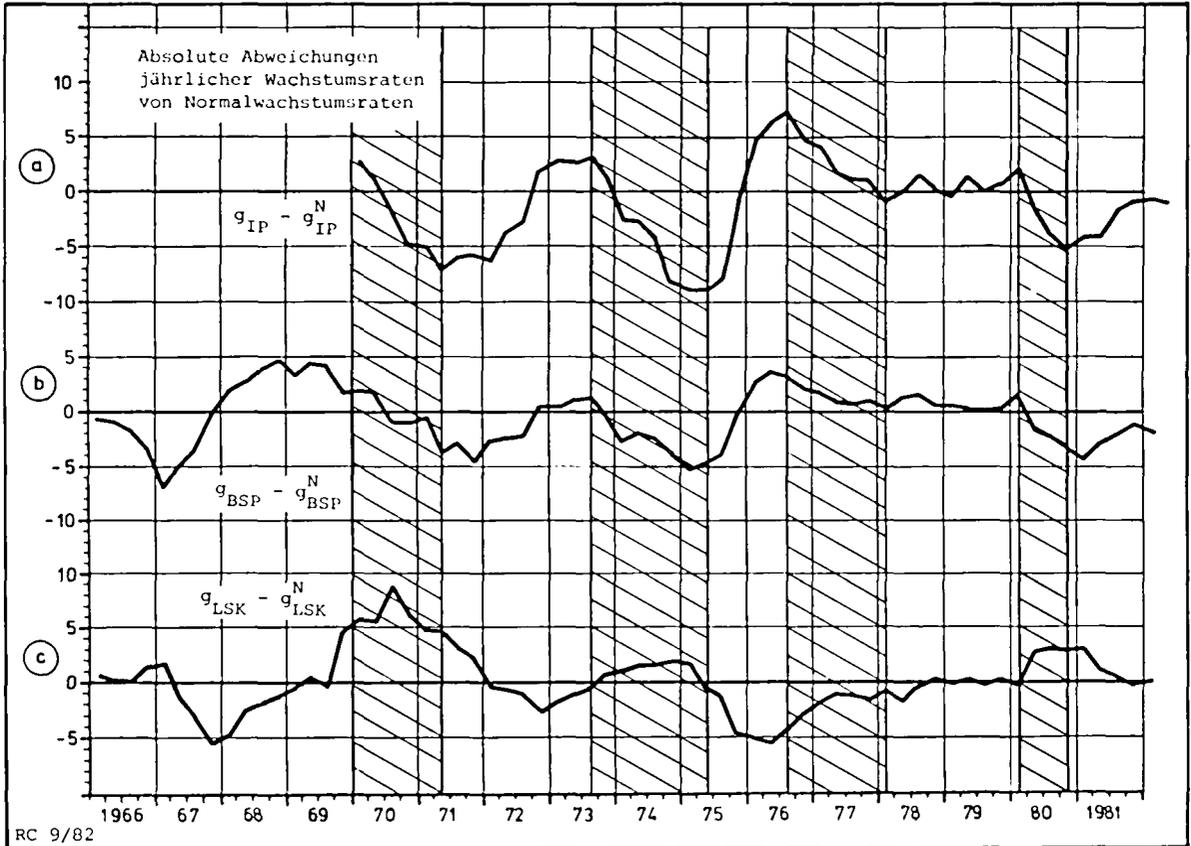
⁹ Siehe Deutsche Bundesbank: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 4, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Schaubilder 40 bis 43: Trendbereinigte Indikatoren.

¹⁰ Siehe z. B. R. Caspers: Zur theoretischen und wirtschaftspolitischen Bedeutung von Stabilitätsbegriffen, in: H. J. Thiemé (Hrsg.): Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten im Systemvergleich, Stuttgart-New York 1979, S. 17-29.

¹¹ Vgl. etwa K. Brunner, A. Cukierman, A. H. Meltzer: Stagflation, Persistent Unemployment, and the Permanence of Economic Shocks, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 6 (1980), S. 467-492.

Abbildung 2

Zyklen datierung nach dem Normalwachstumsraten- und dem Trendabweichungskonzept



Quelle: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4, Nr. 9/1982; vgl. Anmerkung 9.

schiebungen gewisser Früh- und Spätindikatoren gegenüber dem Referenzzyklus eines Präsenzindikators, gewöhnlich der Industrieproduktion.

Die Deutsche Bundesbank verwendet für die Phaseinteilung jedoch nicht die Ursprungswerte, sondern statistisch transformierte Zeitreihen. Jede statistische Zeitreihe läßt sich in mehrere Bewegungskomponenten zerlegen. Um offensichtlich nicht konjunkturbedingte Bestandteile wie Saisonkomponente und Trendkomponente „herauszufiltern“, werden die Ursprungswerte zunächst saisonbereinigt und dann in Beziehung zu ihrem geschätzten Trendverlauf gesetzt. Prozentuale Abweichungen saisonbereinigter Werte vom Trend spiegeln schließlich den Verlauf „reiner“ Konjunkturzyklen wider (Abb. 2, unterer Teil).

Die Berücksichtigung von Ausmaß und Vorzeichenumkehr der *Trendabweichungen* ermöglicht eine Einteilung in vier verschiedene Konjunkturphasen:

- Aufschwungphase*: abnehmende Unterschreitung des Trends (Wiederannäherung an den Trendwert von unten);
- Boomphase*: zunehmende Überschreitung des Trends (Wiederentfernung vom Trendwert nach oben);
- Abschwungphase*: abnehmende Überschreitung des Trends (Wiederannäherung an den Trendwert von oben);
- Rezessionsphase*: zunehmende Unterschreitung des Trends (Wiederentfernung vom Trendwert nach unten).

Nun setzt die praktische Anwendung eines solchen Datierungsverfahrens aber eine zuverlässige Ermittlung der jeweils aktuellen Trendwerte voraus, ohne die sich die Trendabweichungen nicht bestimmen lassen. Die Bundesbank verwendet für die Trendermittlung einen gleitenden Fünfjahresdurchschnitt, der in der jeweiligen Berichtsperiode zentriert ist. Das gravierendste Problem ergibt sich bei dieser Methode aus der Notwendigkeit, am aktuellen Zeitreihenrand Trendextrapolationen aus den vorangehenden Konjunkturphasen vorzunehmen. Auf die dabei entstehenden Unsicherheiten der ausgewiesenen Trend- und Trendabweichungswerte im Extrapolationsbereich (jeweils die letzten 2½ Jahre) weist denn auch die Bundesbank ausdrücklich hin.

¹² Im Prinzip läßt sich das gleiche Verfahren auch für andere gesamtwirtschaftliche Indikatoren anwenden, die durch einen mehr oder weniger ununterbrochenen Aufwärtstrend ihrer Niveauewerte gekennzeichnet sind: so u. a. für Geldmengenaggregate und Preisindizes.

¹³ Wie bei der Bundesbank wird auch hier die Zyklendatierung auf die Industrieproduktion (Produktion im Produzierenden Gewerbe) abgestellt, bei der die verwendeten Daten nicht weiter zurückreichen (Abb. 2a). Zum Vergleich finden sich in Abb. 2b nochmals in größerem Maßstab die Abweichungen $g_{BSP} - g_{BSP}^N$.

Dieses Problem läßt sich jedoch umgehen, wenn die absoluten Abweichungen jährlicher Wachstumsraten (g_{IP}) von den vierjahresdurchschnittlichen „Normalwachstumsraten“ (g_{IP}^N) zur Phaseinteilung des Konjunkturzyklus dienen¹². Wie die vergleichende Darstellung von Normalwachstumsratenkonzept und Bundesbankverfahren in Abb. 2 zeigt, ergeben sich im großen und ganzen kaum Unterschiede bei der Datierung einzelner Konjunkturphasen¹³. Allerdings läßt gerade die jüngste Entwicklung erkennen, daß im ersten Quartal 1981 eine Verminderung der negativen „Wachstumsrate“ und damit eine Wiederannäherung an den Normalwachstumspfad einsetzte, die in der prozentualen Abweichung der saisonbereinigten Industrieproduktion von ihrem Trend keine Entsprechung findet.

Das Normalwachstumsratenkonzept deutet im ersten bzw. zweiten Quartal 1982 auf eine Unterbrechung der sich schon abzeichnenden Aufschwungtendenz des Vorjahres hin, die sich allerdings bei vermindertem Normalwachstum des realen Bruttosozialprodukts ergab (vgl. Abb. 1b und 2b). Die deutlich erkennbare Gegenläufigkeit beider Tendenzen wirft die Frage auf, welche relative Bedeutung der Konjunktur- und der Wachstumskomponente für die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung beizumessen ist.

Wachstumsschwäche oder Beschleunigungsschwäche?

Das Gerede von einer anhaltenden „Wachstumsschwäche“ hat wenig Sinn, solange man nicht über einen geeigneten Referenzmaßstab für eine normale oder angemessene „Stärke“ des Wirtschaftswachstums verfügt. Die rückläufige Tendenz der Wachstumsraten beruht nämlich zu einem nicht unerheblichen Teil auf einem rein statistischen Artefakt: Erhöht sich von Jahr zu Jahr das Bezugsniveau der Wachstumsratenberechnung, so würde es selbst bei konstanten absoluten Zuwächsen der Niveaugröße zu kontinuierlichen Abnahmen ihrer jährlichen Wachstumsraten kommen. Dies ist jedoch ein trivial-arithmetischer Effekt, der mit einer echten Wachstumsschwäche nichts zu tun hat, sondern höchstens mit einer „Beschleunigungsschwäche“.

Legt man z. B. mit einem Auto Stunde für Stunde gleichbleibend 120 km zurück, so bewegt man sich mit einer konstanten Geschwindigkeit, aber mit einer Beschleunigung von Null. Es würde wohl niemandem einfallen, von einer Geschwindigkeitsschwäche zu reden, bloß weil die Beschleunigung den Wert Null nicht übersteigt. Ähnlich verhält es sich aber beim Wirtschaftswachstum: Würde z. B. das reale Sozialprodukt Jahr für

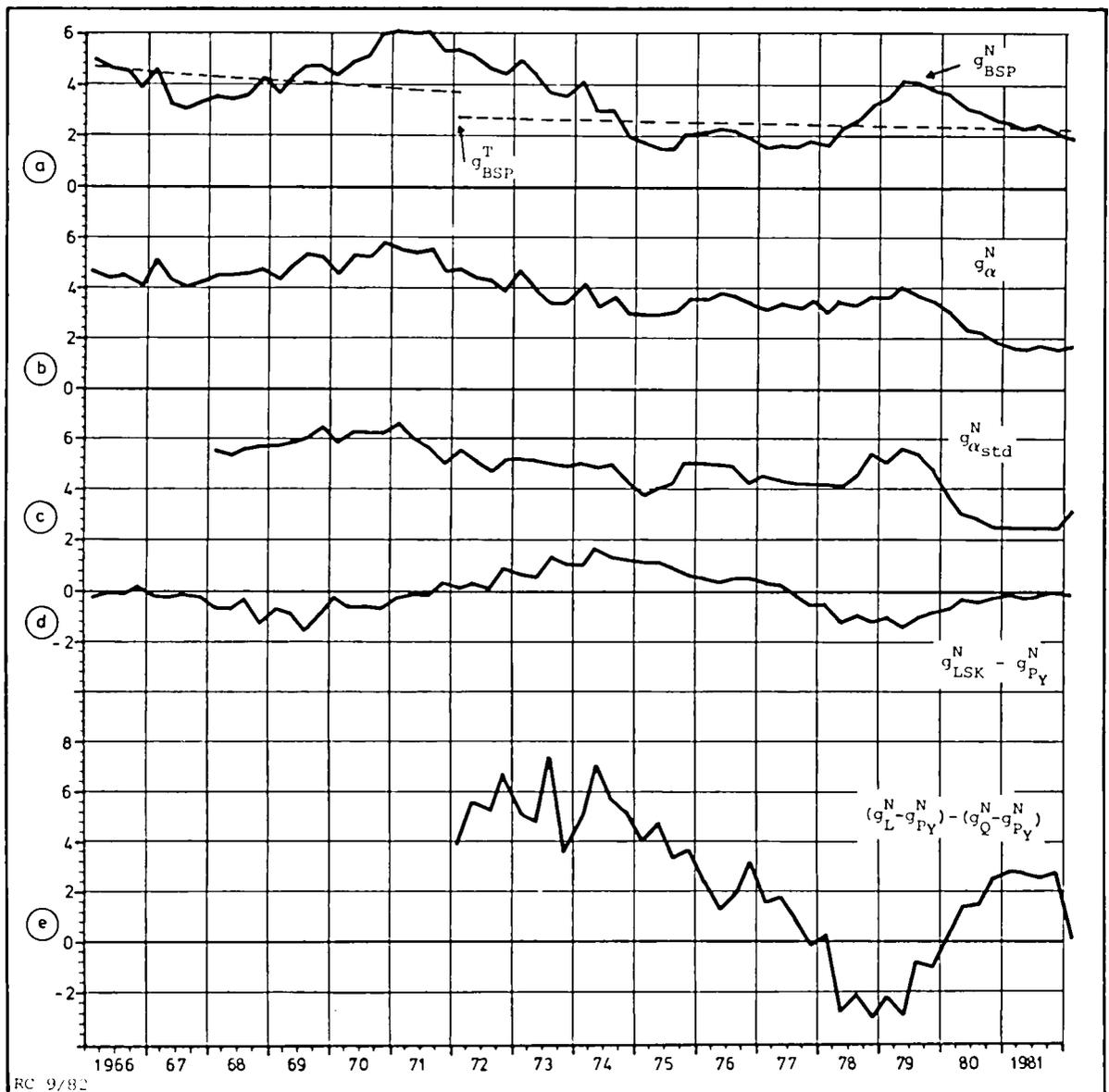
Jahr um gleichbleibend 20 Mrd. DM zunehmen, so sollte man ruhig von konstantem Wachstum sprechen – auch wenn es dabei zu keiner Beschleunigung käme. Der prozentuale Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts nähme vielmehr von Jahr zu Jahr ab: Bedeutet etwa ein Anstieg von 400 auf 420 noch 5 %, so würde ein absolut gleicher Anstieg von 600 auf 620 nach 10 Jahren nur noch 3,3 % ausmachen.

Auf einem derartigen Gedankenexperiment beruht die Ermittlung einer fiktiven Trendwachstumsrate

(g_{BSP}^T), die in Abb. 3a mit der mittelfristigen Normalwachstumsrate (g_{BSP}^N) verglichen wird. Hieraus kann man zweierlei entnehmen:

□ Erstens vollzieht sich die Abnahme des Wachstumstrends zwar kontinuierlich, aber nicht linear. Da sich die Abnahme selbst abflacht, würde eine lineare Extrapolation ein zu düsteres Bild zeichnen. Hielte die bisherige Entwicklung an, so wäre 1986 mit einer Trendwachstumsrate von 2 % und 1990 immerhin noch mit 1,8 % zu rechnen¹⁴.

Abbildung 3
Relative Wachstumsschwäche und Einflussfaktoren des Angebotswachstums



Quelle: Eigene Berechnungen aus saisonbereinigten Daten der Deutschen Bundesbank.

□ Zweitens vollzog sich die Entwicklung des mittelfristig normalen Sozialproduktwachstums zumindest bisher in Form abnehmend hochschlagender *Wachstumswellen*. Im Abstand der Wellenhöhe zu dem fiktiven Trendwachstumspfad lassen sich einzelne Phasen *relativer Wachstumsstärke* und *relativer Wachstumschwäche* erkennen.

Gebremster Produktivitätsfortschritt

Wollte man den tieferen Ursachen für derartige Erscheinungen nachgehen, so wäre als erstes eine Unterscheidung zwischen Angebots- und Nachfragewachstum zu treffen, weil einer der beiden Faktoren oder beide zugleich stets das tatsächliche Wachstum des realen Bruttosozialprodukts limitieren. In einem zweiten Schritt wären dann die hypothetischen Determinanten einzelner Komponenten des Angebots- und Nachfragewachstums darzustellen. Hier soll jedoch nur auf einige wachstumshemmende Faktoren auf der lange Zeit vernachlässigten Angebotsseite der Volkswirtschaft verwiesen werden. Erklärungsansätze ergeben sich aus der Entwicklung der Produktivität und der Lohnkosten in der Gesamtwirtschaft oder in der Industrie.

Als Kennziffer für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität (α) wird üblicherweise das reale Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen verwendet. Der normale Produktivitätsfortschritt, hier gemessen an der Normalwachstumsrate $g_{\alpha}^N = g_{BSP}^N - g_{ET}^N$, ist in Abb. 3b ausgewiesen. Zum Vergleich findet sich in Abb. 3c die Normalwachstumsrate der Arbeitsstundenproduktivität in der Industrie (g_{α}^{NStd}), die von der Entwicklung der Industrieproduktion, der Beschäftigten in der Industrie und der Anzahl der pro Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden bestimmt wird. In der unterschiedlichen Entwicklung beider Größen spiegelt sich neben einem Rückgang der jährlichen Arbeitszeit nicht zuletzt auch der Wandel der Erwerbstätigenstruktur wider¹⁵.

Beschleunigter Lohnkostenanstieg

Bezieht man die gesamtwirtschaftliche Lohneinkommenssumme (L) auf den Index des realen Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen, so erhält man als Quotient die Lohnkosten je Produkteinheit, hier auch gesamtwirtschaftliche *Lohnstückkosten* (LSK) genannt. Für deren Jahreszuwachsrate gilt $g_{LSK} = g_L - g_{\alpha}$. Steigen die nominalen Lohneinkommen prozentual stärker an

als die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, so erhöhen sich in entsprechendem Umfang die nominalen Lohnstückkosten.

Können steigende Lohnstückkosten nicht mehr vollständig auf die Erzeugerpreise und Verbraucherpreise überwältigt werden, so schrumpfen die Stückgewinne der Produzenten. Im Umfang der nicht mehr rentablen Produktion wird dann auch die Beschäftigung eingeschränkt. Es wird also insgesamt weniger gearbeitet und weniger produziert, obwohl zu niedrigeren Reallöhnen eine höhere Angebotsmenge gewinnbringend abgesetzt werden könnte. Die durch ein Anwachsen der nominalen Lohnstückkosten¹⁶ provozierten Rationalisierungsinvestitionen sind folglich ein Anzeichen für die anhaltenden Bemühungen der Produzenten, die Arbeitsproduktivität an überhöhte Reallöhne anzupassen und somit den Druck auf die realen Gewinne abzufangen, indem die realen Lohnstückkosten allmählich wieder reduziert werden.

Für die Jahreszuwachsrate der realen, mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts (P_Y) deflationierten Lohnstückkosten gilt $g_{LSK} - g_{PY} = g_L - g_{PY} - g_{\alpha}$. Stiegen demzufolge die Reallöhne lediglich im Umfang des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts an ($g_L - g_{PY} = g_{\alpha}$), so nähmen die nominalen Lohnstückkosten mit der gleichen Jahresrate zu wie der Preisindex, d. h. die realen Lohnstückkosten blieben konstant ($g_L - g_{PY} = \alpha$). Wie sich indessen die realen Lohnstückkosten im Vierjahresdurchschnitt entwickelt haben, zeigt die Normalwachstumsrate $g_{LSK}^N - g_{PY}^N$ in Abb. 3d. Der sich dabei ergebende Vorsprung der Normalwachstumsrate der Reallöhne vor der Normalwachstumsrate der Realgewinne, ($g_L^N - g_{PY}^N$) - ($g_{\alpha}^N - g_{PY}^N$), wird in Abb. 3e ausgewiesen.

Wo ist der Aufschwung geblieben?

Es tritt nicht immer ein, was erwartet wird. Wenn aber etwas frühzeitiger kommt als erwartet, dann jedoch weithin unbemerkt bleibt, muß schon ein besonderer Fall vorliegen. Auf die gegenläufigen Tendenzen von Konjunktur und Wachstum im Verlauf des Jahres 1981 wurde weiter oben schon hingewiesen. Wird der aufkeimende Konjunkturaufschwung einer Nachfragebelebung und die relative Wachstumsschwäche einer Angebotsdämpfung zugeschrieben, so findet sich auch eine

¹⁴ Das reale Bruttosozialprodukt stieg vom ersten Quartal 1962 bis zum ersten Quartal 1972 von 88,7 auf 139,5 Mrd. DM pro Quartal (in Preisen von 1962). Dies entspricht einem arithmetischen Mittel der absoluten Zuwächse von 1,27 Mrd. DM pro Quartal bzw. 20,32 Mrd. DM pro Jahr. Für den Zeitraum 1971 bis 1981 lauten die entsprechenden Zahlen 1,225 Mrd. DM pro Quartal bzw. 19,6 Mrd. DM pro Jahr bei einem Gesamtanstieg von 174,2 auf 223,2 Mrd. DM pro Quartal (in Preisen von 1970).

¹⁵ Nach Angaben des DIW waren in der privaten Wirtschaft Ende 1981 ca. 880 000 Arbeitnehmer weniger beschäftigt als Ende 1969, während die Beschäftigung im öffentlichen Dienst im gleichen Zeitraum um ca. 870 000 Personen zugenommen hat. Hiervon dürfte die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität belastet worden sein. Die Anzahl der in der Gesamtwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer ist Ende 1981 mit ca. 22 Mill. wieder auf dem Stand von Ende 1969 ange­langt.

Erklärung für die zwiespältige Lage der Gesamtwirtschaft im Herbst 1982.

Wie in früheren Zeiten fand der Konjunkturaufschwung auch diesmal seine Stütze in einem kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage, die damit auf zunehmende Verbesserungen der Terms of Trade von 1979 bis 1981 reagierte. Anders als in früheren Zeiten ergab sich aber diesmal keine rechtzeitige Anregung der Inlandsnachfrage, weil neben der rückläufigen Investitionsgüternachfrage auch die Konsumgüternachfrage schwach blieb. Unter dem Eindruck ansteigender Arbeitslosenziffern und unwägbarer Risiken bezüglich der künftigen Einkommensentwicklung gingen die Verbraucher dazu über, verstärkt Vorsorgeersparnisse zu bilden und die Vorsichtskassenhaltung auszudehnen.

Daß der schon 1981 in Gang gekommene Aufschwung schon vor Erreichen der Boomphase stecken blieb, ist wohl in erster Linie der pessimistischen Einschätzung der mittelfristigen Wachstumschancen zuzuschreiben. Werden nämlich die Ausgabenpläne der Investoren und Konsumenten u. a. auch von mittelfristigen Gewinn- und Lohnerwartungen bestimmt, so stellt sich bei erhöhter Unsicherheit dieser Einkommenserwartungen eine abwartende Haltung ein (Investitions- und Konsumattentismus). Die vorzeitige Unterbrechung des Aufschwungs im Frühjahr 1982 ist geradezu ein Musterbeispiel für retardierende Einflüsse der Stimmungslage auf die Entwicklung der „harten“ ökonomischen Fakten¹⁷.

Die erhöhte Unsicherheit hat sich nicht von selbst breitgemacht, sie ist verbreitet worden. So hat z. B. das anhaltende Krisengerede bislang nur eines erreicht: Wir stehen heute näher am Rand einer Krise¹⁸ als noch vor einem Jahr, und zwar nicht etwa einer Wachstumskrise, sondern einer Vertrauenskrise. Wenn es in weiten Bereichen an Zukunftsvertrauen und Risikobereitschaft mangelt, kann die Wirtschaft leicht in eine „Unsicherheitsfalle“ geraten, aus der sie sich unter Umständen

nicht mehr aus eigener Kraft zu befreien vermag. Insbesondere das – schon vielfach verlorengegangene – Vertrauen gegenüber wirtschaftspolitischen Instanzen ist als eine Art immaterielles Volksvermögen anzusehen, das der Pflege ebenso bedarf wie etwa die Kurse staatlicher Wertpapiere¹⁹. Kumulativ aufgestaute Unsicherheit im wirtschaftlichen und politischen Bereich bedeutet daher einen Verlust an Volksvermögen bzw. Gesellschaftskapital.

Wo die Vertrauenskapitalbasis des Wirtschaftens so weitgehend verschlissen ist wie derzeit in der Bundesrepublik, da muß diese Basis durch vertrauensbildende Maßnahmen (politische Ersatzinvestitionen) erst einmal wieder erneuert werden. Bisherige Mißerfolge der Wirtschaftspolitik beruhen nicht zuletzt auf einer Überauslastung des Vertrauenspotentials ihrer Adressaten. Gelingt es den staatlichen Instanzen alsbald, das für eine wirtschaftliche Gesundung notwendige Vertrauen wieder zu erwecken, so würde damit im ökonomisch relevanten Sinne neues Volksvermögen geschaffen. Hierzu bedarf es in erster Linie einer positiven Einflußnahme auf die Ertragserwartungen und Risikoeinstellungen der Investoren und Kapitalgeber. Denn wo sich selbst bei sinkenden Kreditkosten nicht genügend risikofreudige Investoren und optimistische Kapitalgeber finden lassen, da können auch keine rentablen Arbeitsplätze entstehen. Erst wenn die Investoren bei wiedererstarkendem Zukunftsvertrauen ihre Investitionsausgaben nicht länger aufschieben, wenn auch die Konsumenten aufgrund verbesserter Einkommenserwartungen ihre abwartende Haltung aufgeben, kann eine Tendenzwende beginnen. Dies ist der Punkt, an dem sich die Zuversicht durchsetzt, daß es eigentlich gar nicht mehr schlechter, sondern nur noch besser kommen kann. Wer indessen glaubt, die Öffentlichkeit in der heutigen Situation auch noch mit dem Hinweis auf Parallelen zur großen Depression verunsichern zu müssen, der untergräbt eher eine solche Zuversicht.

Kein Anlaß zur Panikmache

Es ist zwar nicht an der Zeit, unbändigen Optimismus zu verbreiten, doch besteht auch zur Panikmache kein Anlaß. Die gesamtwirtschaftliche Lage ist schon wieder merklich besser als die anhaltend schlechte Stimmung von Produzenten und Verbrauchern vermuten läßt. So hat z. B. die Entwicklung bei Rohstoffpreisen, Lohnstückkosten und Zinsen schon zu einer beachtlichen Kostenentlastung bei denjenigen Unternehmen geführt, die bis jetzt überlebt haben. Wer jetzt in der begründeten Hoffnung auf baldige Besserungen der Ertragslage auf Investitionen setzt, dürfte für seinen Pioniergeist auch mit entsprechenden Gewinnen belohnt werden.

¹⁶ Für die Abweichungen der Jahreszuwachsrate von der Normalwachstumsrate der nominalen Lohnstückkosten ($g_{LSK} - g_{LSK}^N$) siehe Abb. 2c.

¹⁷ Vertreter der „psychologischen Konjunkturtheorie“ wie z. B. Knight, Pigou, Keynes, Schumpeter und Jöhr haben darauf seit langem hingewiesen.

¹⁸ Vgl. A. Ahnefeld u. a.: Am Rande der Krise, Thesen zum 26. Kieler Konjunkturgespräch, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 89, September 1982.

¹⁹ Zur Bedeutung des Vertrauens für die wirtschaftliche Entwicklung siehe J. Marschak: Lack of Confidence, in: Social Research, Vol. 8 (1941), No. 1, S. 41-62; O. Sievert: Die Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat, in: C. C. von Weizsäcker (Hrsg.): Staat und Wirtschaft (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 102), Berlin 1979, S. 809-846; H. Albach: Vertrauen in der ökonomischen Theorie, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 136 (1980), Heft 1, S. 2-11.

Wer aber kleinmütig erst dann an den Aufschwung glaubt, wenn schon längst der Übergang in die Boomphase ersichtlich geworden ist, wird wegen seines Zauderns zu spät kommen.

Was die mittelfristigen Wachstumsperspektiven anbelangt, mag hier auf Abb. 3a verwiesen werden. Danach hat die Normalwachstumsrate im ersten Quartal 1982 immerhin noch 2 % p. a. betragen, d. h. daß das reale Bruttosozialprodukt gegenüber dem ersten Quartal 1978 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 2 % gewachsen ist. Dies ist zwar bedeutend weniger als etwa im ersten Quartal 1979, als sich die Normalwachstumsrate auf 3,6 % belief. In diesem Rückgang kommt aber letztlich nur eine gewisse Gleichgewichts-

tendenz zum Ausdruck, mit der sich die mittelfristig normale Wachstumsrate wieder an die langfristige Trendwachstumsrate anpaßt²⁰.

Das reale Bruttosozialprodukt wird vorübergehend auch wieder mit höheren Jahresraten zunehmen, als es dem mittelfristig normalen Wachstum und dem langfristigen Wachstumstrend entspricht. Zuvor müssen jedoch auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite einige Bremsen gelöst werden, die den Boom bislang zurückgehalten haben.

²⁰ An dieser Stelle mag auch ein Hinweis auf das neuentdeckte Phänomen eines Wachstums der Schattenwirtschaft angebracht sein, das diesen Trend mitbeeinflußt. Vgl. etwa D. C a s e l: Schattenwirtschaft – eine Wachstumsbranche?, in: List-Forum, Bd. 11 (September 1982), Heft 6, S. 343-363.

INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Sozialordnung und Wettbewerbsfähigkeit

Die Bundesrepublik, die USA und Japan im Vergleich

Jürgen Zerche, Maria Daubenbüchel, Köln

Die Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft und die zunehmende Verschärfung des Internationalen Wettbewerbs lassen auch die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland immer mehr zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen werden. Könnte die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch eine Beschneidung der Sozialordnung gefördert werden?

Ein Beitrag zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wird häufig in einer Änderung des Sozialen Sicherungssystems und der Arbeitsbedingungen gesehen. In diesem Zusammenhang wird häufig auf Japan verwiesen, das aufgrund seines niedrigen Sozialleistungsniveaus und der traditionellen Arbeitsbeziehungen erhebliche Wettbewerbsvorteile gegenüber der Bundesrepublik habe. Wie wirkt sich die Sozialordnung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der drei bedeutendsten Exportländer – Bundesrepublik Deutschland, USA und Japan – aus?

In den betrachteten drei Staaten ist ein mehr oder minder ausgeprägtes Sozialversicherungssystem vorhanden, das sich vor allem dadurch auszeichnet, daß die Soziale Sicherung nicht am Äquivalenzprinzip orientiert ist, sondern an der wirtschaftlichen Situation und der Bedürftigkeit der Individuen. Der Solidaritätsgedanke ist hierbei insofern verwirklicht, als eine Umverteilung zugunsten der sozial Schwachen stattfindet¹. Die wesentlichen Unterschiede im System der Sozialen Sicherung sollen im folgenden differenziert nach den Standardrisiken Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Unfall aufgezeigt werden.

In der Bundesrepublik und in Japan besteht für das Lebensrisiko Krankheit eine gesetzliche Versicherungspflicht; in Japan jedoch nur für Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten. In der Bundesrepublik werden die Beiträge zu jeweils 50 % von

Prof. Dr. Jürgen Zerche, 44, ist Direktor des Seminars für Sozialpolitik und des Seminars für Genossenschaftswesen sowie des Forschungsinstituts für Sozialpolitik an der Universität zu Köln. Maria Daubenbüchel, Dipl.-Kaufmann, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsinstituts für Sozialpolitik.

¹ Vgl. Jürgen Zerche, Fritz Gründger: Sozialpolitik, Düsseldorf 1982, S. 90; Albrecht Bossert, Hans-Joachim Merk: Die Systeme Sozialer Sicherung in den OECD-Ländern, in: Vierteljahresschrift für Sozialrecht, 1-2/1981, S. 151 ff.